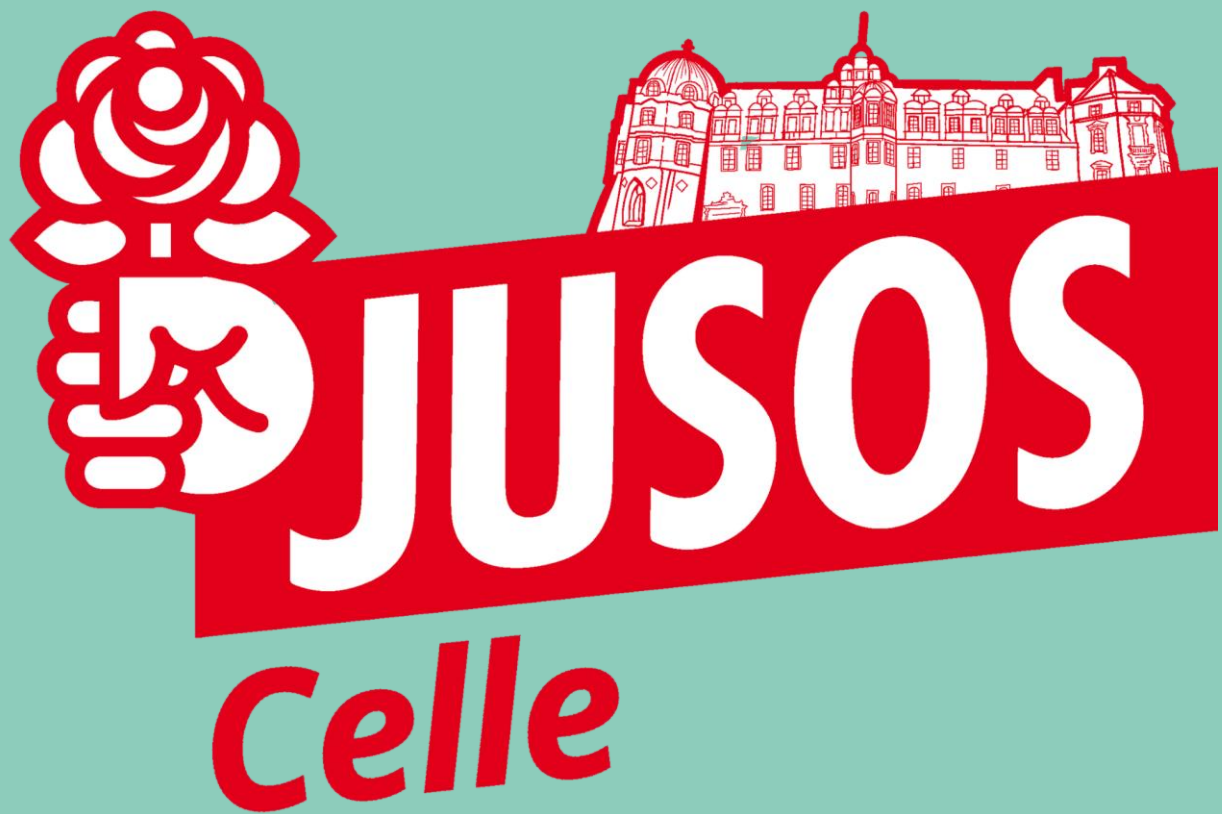


**BESCHLUSSBUCH
ZUR UNTERBEZIRKSKONFERENZ
DER JUSOS IM UNTERBEZIRK CELLE
AM 25.FEBRUAR 2023**



Antragsschluss: 16.02.2023

INHALTSVERZEICHNIS

A- Arbeit	3
A1 Nachholung von Feiertagen	3
I - Internationales	4
I1 Auslandseinsätze der Bundeswehr neu denken	4
S - Soziales	6
S1 Schaffung eines grundsätzlichen Abschiebehindernisses	6
U - Umwelt	7
U01 Einweg-Vapes verbieten	7
U02 Nutzung von Schneekanonen verbieten	8
U03 Flüge mit Privatjets bekämpfen	9
W - Wirtschaft	10
W1 Importverbot für sauerländische Flugzwerge	10

A- Arbeit

A1 Nachholung von Feiertagen

Antragsteller:*in Sören Meyer

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz,
Juso-Bundeskongress, SPD-Unterbezirksparteitag

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

- 1 Die Juso – Unterbezirkskonferenz möge beschließen: Feiertage, die auf Wochenenden
2 fallen sollen nachgeholt werden.
3
4 Begründung: Wie Sie wissen, sind Feiertage wichtige kulturelle Ereignisse, die oft von
5 vielen Menschen gefeiert werden. Allerdings fallen einige Feiertage auf Samstag oder
6 Sonntage, was dazu führt, dass viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht von
7 diesen freien Tagen profitieren können. Dies kann zu Frustration und Unzufriedenheit
8 führen. Deshalb schlage ich vor, dass Feiertage, die auf Wochenenden fallen, durch zu-
9 sätzliche freie Tage während der Woche nachgeholt werden. Auf diese Weise können
10 alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von diesen Feiertagen profitieren und ihre
11 kulturellen Veranstaltungen und Traditionen feiern. Ich bitte Sie, diesen Antrag zu prü-
12 fen und Ihre Unterstützung für diese Maßnahme zu geben. Ich glaube, dass dies eine
13 positive Auswirkung auf die Mitarbeiterzufriedenheit und die Arbeitsmoral haben wird.

I - Internationales

I1 Auslandseinsätze der Bundeswehr neu denken

Antragsteller*in: Pascal Hemme

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz Hannover, Juso- Bundeskongress

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

- 1 Die Juso – Unterbezirkskonferenz möge beschließen: Wir fordern in der internationalen
2 Sicherheitspolitik ein Umschwenken von einem reaktiven zu einem vorausschauenden
3 Agieren. Wir fordern, einzugreifen, bevor sich Krisen zu Katastrophen ausweiten. Dabei
4 sind vorrangig Mittel der Entwicklungshilfe und der zivilen Krisenprävention einzusetzen.
5 Militärische Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe muss dabei sorgfältig geprüft werden.
6 Sie muss als eine zusätzliche Option gedacht werden. Wir fordern, dass deutsche
7 Beteiligungen an den jeweiligen UN-Missionen kein Dauerzustand sein dürfen – Schlüsselfähigkeiten
8 und reine Beobachtermission ausgenommen. Eine längere Beteiligung
9 muss stets kritisch hinterfragt werden. Wir fordern, aktiv mit den UN und Staaten aus
10 der jeweiligen Region zusammenzuarbeiten, um langfristig deutsche Kräfte aus den
11 UN-Missionen herauslösen zu können. Wir fordern für die Bundeswehr einen klaren Fokus
12 auf die Landes- und Bündnisverteidigung.
13
14 Begründung: Die Bundeswehr ist zurzeit in zehn Einsätzen außerhalb des Bündnisgebietes
15 der NATO eingesetzt. Die meisten Einsätze sind UN-Beobachtermissionen mit
16 wenigen Soldatinnen und Soldaten. Ausnahmen davon sind die Einsätze der Marine im
17 Rahmen der NATO-Operation Sea Guardian sowie der UN-Mission UNIFIL im Mittelmeer.
18 Zusätzlich ist die Bundeswehr im Balkan (EUFOR in Bosnien und KFOR im Kosovo) sowie
19 in Mali (MINUSMA) zur Friedenssicherung eingesetzt. In Mali existiert noch
20 die Ausbildungsmission EUTM der Europäischen Union, an der sich Deutschland beteiligt.
21 Der Ausbildungsanteil der Mission in Mali ist aufgrund von Meinungsverschiedenheiten
22 mit der malischen Militärregierung über Neuwahlen allerdings nach wie vor ausgesetzt.
23 In Jordanien und im Irak beteiligt sich Deutschland durch Unterstützung und
24 Ausbildung der örtlichen Streitkräfte an der Bekämpfung der Terrorgruppe Islamischer
25 Staat (Capacity Building Iraq/Counter Daesh).
26 Die Erfahrungen aus Afghanistan und den UN-Einsätzen der letzten 30 Jahre sowie die
27 Einsichten, die uns der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine

28 abverlangt, sollten zu einer Neubewertung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr und
29 der Beteiligung an zukünftigen Einsätzen führen. Wir müssen mit unseren nach wie vor
30 geringen Mitteln an Material und Personal sorgfältig umgehen und es sparsam einsetzen.
31 Die Landes- und Bündnisverteidigung hat Priorität und wird auch die nächsten
32 Jahre große Kräfte binden.
33 Daraus resultierend muss vorausschauend agiert werden. Wir dürfen nicht erst reagieren,
34 wenn ein Staat (wie einst in Mali) kurz vor dem Zusammenbruch steht oder bereits
35 ein Völkermord geschieht (wie 2015 an den Jesiden im Irak). Wir müssen vorher stabilisierend
36 eingreifen. Mit Ausbildungshilfe und Ausrüstungshilfe haben wir etwa erfolgreich
37 im Niger eingegriffen (Aufbau einer Spezialkräfteschule, Aufbau eines Militärkrankenhauses)
38 und dabei auch von der gesamten Bandbreite an Möglichkeiten der zivilen Entwicklungshilfe
39 Gebrauch gemacht (Aufbau von Schulen, wirtschaftliche Projekte usw.).
40 Wenn Deutschland sich an einem Einsatz beteiligt, darf dies kein Dauerzustand sein. In
41 Zusammenarbeit mit den UN muss sich bei jedem Einsatz schnellstmöglich um einen
42 Ersatz gekümmert werden. Schlüsselfähigkeiten, die andere Staaten nicht stellen können,
43 sind davon ausgenommen.
44 Der Ersatz für deutsche Streitkräfte sollte – wenn möglich – durch Staaten aus der jeweiligen
45 Region erfolgen. Denn dies stärkt den regionalen Zusammenhalt und bindet die Nachbarn
46 mit ein. Ein Beispiel dafür bildet die Operation MINUSMA in Mali, an der
47 sich Malis Nachbarstaat Niger aktiv beteiligt.

S - Soziales

S1 Schaffung eines grundsätzlichen Abschiebehindernisses

Antragsteller*in: Sören Meyer

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz,
Juso-Bundeskongress, SPD-Unterbezirksparteitag

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

1 Die Juso – Unterbezirkskonferenz möge beschließen: Schaffung eines grundsätzlichen
2 Abschiebehindernisses für Personen, die eine Arbeit haben, Deutsch sprechen können
3 und keine Vorstrafen haben.

4
5 Begründung: Diese Personen leisten einen positiven Beitrag zur Gesellschaft und erfül-
6 len wichtige Kriterien, die für eine gelungene Integration in Deutschland unerlässlich
7 sind. Durch ihre Arbeit tragen sie zur Wirtschaft bei und können sich selbstständig ver-
8 sorgen, was eine Entlastung für das Sozialsystem darstellt. Außerdem sprechen sie
9 Deutsch, was die Kommunikation mit deutschen Mitbürgern erleichtert und ein gutes
10 Zusammenleben fördert.

11 Personen ohne Vorstrafen haben zudem bewiesen, dass sie sich an die Gesetze halten
12 und ein verantwortungsvolles Leben führen. Es ist nicht sinnvoll, diese Personen abzu-
13 schieben, wenn sie in Deutschland eine Chance auf ein besseres Leben haben und
14 sich integrieren wollen.

15 Daher bitte ich um die Schaffung eines Abschiebehindernisses für Personen, die eine
16 Arbeit haben, Deutsch sprechen können und keine Vorstrafen haben.

17
18 Gerade der Fall Pham Phi Son zeigt das dies dringend geboten ist.

U - Umwelt

U01 Einweg-Vapes verbieten

Antragsteller*in: Alexander Pape

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress,
SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag,
SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

1 Die Juso – Unterbezirkskonferenz möge beschließen, dass Einweg-Vapes in Deutsch-
2 land verboten werden sollen.

3
4 Begründung: Einweg-Vapes sind Verdampfer, welche in der Regel mit einem Ge-
5 schmacksstoff befüllt sind, welcher eine begrenzte Anzahl an Zügen zulässt und dann
6 entsorgt werden muss. Dieses Verfahren ist nicht nachhaltig und aufgrund dessen auch
7 nicht zeitgemäß. In Einweg-Vapes sind Akkus verbaut, die eigentlich genau wie ein
8 Handyakku mehrere Jahre genutzt werden könnten. Da bei diesen Vapes eine länger-
9 fristige Nutzung nicht möglich ist, müssen sie verboten werden. Außerdem gibt es be-
10 reits viele Alternativen an E-Zigaretten, die langfristig genutzt (und wiederaufgeladen)
11 werden können.

12 Hinweis: In Bayern wird bereits vom dortigen Umweltminister ein Verbot ins Spiel ge-
13 bracht.

U02 Nutzung von Schneekanonen verbieten

Antragsteller*in: Alexander Pape

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress,
SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag,
SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

- 1 Die Juso – Unterbezirkskonferenz möge beschließen, dass die Nutzung von Schneeka-
2 nonen und sonstigen Methoden zur künstlichen Schneeerzeugung in großen Mengen
3 verboten oder zumindest stark eingeschränkt werden soll.
4
- 5 Begründung: Durch Beschneiungsanlagen gibt es enormen Ressourcenverbrauch und
6 Umweltschäden. Daher müssen sich Skigebiete umstellen und auf klima- und naturver-
7 träglichen Tourismus setzen, denn Schneekanonen haben nur für einen kleinen Teil der
8 Bevölkerung einen fragwürdigen Nutzen. Um eine Lösung für den gesamten angren-
9 zenden Alpenraum zu erzielen, sollte sich Deutschland darüber hinaus mit Österreich
10 und der Schweiz abstimmen. Hintergrund ist vor allem die derzeitige Energiekrise, aber
11 auch die schlechte Natur- und Umweltbilanz von Beschneiungsanlagen generell. Die
12 schlechte Ökobilanz ist schon immer problematisch, in der derzeitigen Krisensituation
13 ist sie jedoch schlicht unmoralisch. Ein Verzicht auf Beschneigung kann in einem Winter
14 16 Millionen Kilowattstunden Strom in Bayern sparen, zudem Millionen Liter Wasser.
15 Laut dem WWF werden jährlich etwa eine Million Liter Wasser benötigt, um nur einen
16 Hektar Pistenfläche künstlich zu beschneien. Außerdem steigt der Energieverbrauch
• 17 von Schneekanonen, um so wärmer es ist.
- 18 Ein Beispiel aus Österreich: Dort gibt es inzwischen etwa 33.000 Schneekanonen und
19 455 Speicherteiche in den Bergen – Tendenz steigend. Denn die Winter werden durch
20 den Klimawandel immer kürzer, die Schneedecken immer dünner.
21
- 22 Quellen:
23 BUND Naturschutz in Bayern
24 Welt.de

U03 Flüge mit Privatjets bekämpfen

Antragsteller*in: Alexander Pape

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Bundeskongress,
SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag,
SPD-Bundesparteitag

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

- 1 Die Juso – Unterbezirkskonferenz möge beschließen, dass Flüge mit Privatjets stark re-
2 duziert werden sollen.
3
- 4 Begründung: Privatjets belasten das Klima im Verhältnis zu ihrer Transportkapazität
5 überdurchschnittlich stark. Wissenschaftler bemängeln, dass die Klimapolitik den priva-
6 ten Flugverkehr so gut wie nicht berücksichtigt.
7 Die CO2-Bilanz von Privatjets ist schlecht: Der hohe Pro-Kopf-Ausstoß von CO2 durch
8 Passagiere in Privatjets ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die kleinen
9 Flugzeuge deutlich weniger Menschen transportieren können als zum Beispiel ein Jum-
10 bojet – selbst bei voller Auslastung. Hinzu kommt, dass sich die CO2-Bilanz von Flug-
11 zeugen in der Regel verbessert, je weiter sie fliegen beziehungsweise je seltener sie
12 starten und landen. Denn bei Starts und Landungen sind die Emissionen besonders
13 hoch (Auch ein Argument gegen kurze Inlandsflüge).
14 Auf einem Flug von London nach New York in einem Jumbojet emittieren Reisende der
15 Economy-Class 313 Kilogramm CO2 pro Person. Fliegt eine Person dieselbe Strecke
16 mit dem Privatjet, emittiert sie 25.056 Kilogramm CO2. Auf ein Jahr hochgerechnet,
17 können einzelne Nutzer von Privatflugzeugen zu Emissionen von bis zu 7.500 Tonnen
18 beitragen.
19 Im Jahr 2022 haben Flüge mit Privatjets, die auf deutschen Flughäfen starteten, eine
20 Rekordanzahl erreicht. Mehr als 94.000 Starts von Business-Flugzeugen gab es in
21 Deutschland – und damit etwa 8.000 mehr als im Vorjahr. Fast drei Viertel der in
22 Deutschland gestarteten Flüge seien kürzer als 500 Kilometer gewesen. Häufig geflo-
23 gene Strecken waren demnach Hamburg – Sylt oder Berlin – München. Bei längeren
24 Flügen war der mit Abstand häufigste Zielort Mallorca.
25
- 26 Quelle:
27 Deutschlandfunk.de

W - Wirtschaft

W1 Importverbot für sauerländische Flugzwerge

Antragsteller*in: Sören Meyer

Weiterleitung an: Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz,
Juso-Bundeskongress

Abstimmungsergebnis: ☒ Angenommen ☐ Abgelehnt ☐ Überwiesen an

1 Die Juso – Unterbezirkskonferenz möge beschließen: Der Import von sauerländischen
2 Flugzwergen wird verboten.

3
4 Begründung: In der Vergangenheit haben einige Vertreter dieser Gruppe in der Öffent-
5 lichkeit rassistische, diskriminierende und beleidigende Äußerungen getätigt. Solche
6 Aussagen haben negative Auswirkungen auf unsere Gesellschaft und dürfen nicht tole-
7 riert werden.

8 Um sicherzustellen, dass diese unangemessenen Einstellungen und Meinungen nicht
9 weiter verbreitet werden, halte ich es für notwendig, den Import von sauerländischen
10 Flugzwergen zu verbieten. Ich bitte Sie daher, diesen Antrag zu prüfen und entspre-
11 chende Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass unsere Gesellschaft nicht
12 durch derartige Haltungen und Meinungen gefährdet wird.